

# SACHSEN-ANHALT KONZEP 2011

**DIE LINKE.**

Fraktion im  
Landtag von Sachsen-Anhalt

Potenziale für eine  
leistungsfähige Landwirtschaft  
in Sachsen-Anhalt



# **Sachsen-Anhalt Konzept 2011**

Potenziale für eine  
leistungsfähige Landwirtschaft  
in Sachsen-Anhalt



# Inhalt

Vorwort .....	4	5. Nachwachsende Rohstoffe und Energieträger im Konflikt mit der Nahrungsmittelproduktion? .....	16
1. Sachsen-Anhalt – ein vorzüglicher Landwirtschaftsstandort .....	6	6. Bodenpolitik .....	17
2. Struktur der landwirtschaftlichen Unternehmen, Flächenausstattung und Arbeitskräfte .....	7	7. Wald- und Forstwirtschaft .....	19
2.1 Rechtsformen der Agrarunternehmen .....	7	8. Standpunkt zur Agrogentechnik .....	20
2.2 Flächenausstattung .....	9	9. Mit einer gemeinsamen EU-Agrarpolitik für eine multi- funktionale, moderne Landwirtschaft – hin zu mehr regionalen Wirtschafts- und Stoffkreisläufen .....	21
2.3 Arbeitskräfte .....	10	10. Ausrichtung der EU-Agrarpolitik auf die Förderperiode nach 2013 .....	22
3. Acker- und Pflanzenbau .....	10	11. Die ländlichen Räume .....	24
4. Tierproduktion und Veredlungswirtschaft .....	14		
4.1 Ein umweltfreundlicher Weg zur Erhöhung des Tierbesatzes schließt unangemessene Tierkonzentrationen aus .....	14		
4.2 Direktvermarktung und regionale Wertschöpfungsketten im ländlichen Raum .....	15		

## Vorwort



Im Gesamtkomplex der Agrarwirtschaft ist die Land- und Forstwirtschaft neben dem Gartenbau, der Landschaftspflege, der Fisch- und Wasserwirtschaft und der Ernährungsindustrie sowie dem Ernährungsgewerbe von herausragender Bedeutung.

Als Wirtschaftsfaktor und zugleich auch Gestalter von Kulturlandschaft schafft sie Arbeitsplätze in den Dörfern und prägt maßgeblich den Charakter des ländlichen Raumes.

Indem sie in einem sehr engen Wechselverhältnis mit der lebenden Natur steht, hat die land- und forstwirtschaftliche Produktion einen wesentlichen und vor allem unmittelbaren Einfluss auf den Erhalt von Artenvielfalt und die Entwicklung der Biodiversität. Gleichzeitig ist die landwirtschaftliche Tierhaltung neben den Schlacht- und Verarbeitungsunternehmen der Sektor, der am meisten mit den Problemen des Tierschutzes konfrontiert ist.

Aus dieser besonderen Situation heraus und der Tatsache geschuldet, dass etwa 50 Prozent des EU-Haushaltes in den Agrarsektor fließen, gerät die

Land- und Forstwirtschaft stärker als andere Wirtschaftsbereiche immer wieder in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit und Kontrolle.

Angesichts all dieser Herausforderungen besteht die erste Aufgabe der Landwirtschaft nach wie vor darin, im Zusammenwirken mit den übrigen Bereichen der Agrarwirtschaft die Voraussetzungen für eine bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Nahrungsgütern zu sichern. Der Anspruch besteht darin, mit Grundnahrungsmitteln aus eigenem Aufkommen zu versorgen. Das schließt natürlich die Zielstellung mit ein, dass auch die Tierbestände mit Futter aus betriebseigenem oder regionalem Aufkommen versorgt werden. Darüber hinaus wird sie auch künftig bei einem verantwortungsvollen Umgang mit dem Boden und allen anderen natürlichen Ressourcen nachwachsende Rohstoffe und Energieträger anbauen und ggf. über den eigenen Bedarf hinaus bereitstellen müssen. Zur Stärkung der Rohstoffbasis ist es außerdem unbedingt geboten, die stoffliche und schließlich auch energetische Verwertung aller Ab- und Nebenprodukte der landwirtschaftlichen Produktion zu sichern.

Für die Landwirtschaft Sachsen-Anhalts heißt das, die günstigen natürlichen Bedingungen, vor allem die vorzüglichen Ackerböden der Magdeburger Börde und die grünlandreichen Lagen der Altmark sowie der Niederungen östlich der Elbe und der Vorgebirgslagen, für eine bedarfsgerechte landwirtschaftliche Produktion zu nutzen.

Mit den traditionsreichen Standorten der Agrarwissenschaften wie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und der Hochschule Bernburg, mit fachlich

gut ausgebildeten Landwirten sowie mit unserer modernen Agrarstruktur verfügt die Landwirtschaft Sachsen-Anhalts über beste Voraussetzungen, um den an sie gestellten Erwartungen gerecht werden zu können.

Darum setzt unsere Agrarpolitik auch weiterhin auf moderne Agrarunternehmen, die über die Struktur und das wirtschaftliche Potenzial verfügen, die sie in die Lage versetzen, nachhaltig und auf der Grundlage neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse arbeiten zu können, ohne dabei auf den besonderen Erfahrungsschatz bäuerlicher Traditionen verzichten zu müssen. Das ist der Weg, auf dem Landwirte nicht länger genötigt werden, wertvolle Erfahrungen im sorgsamem Umgang mit dem Boden sowie die Anwendung wissenschaftlich begründeter Fruchtfolgen wider besseres Wissen zu ignorieren. Er führt uns über die Stärkung regionaler Wirtschaftskreis-

läufe, über mehr Direktvermarktung, über die Kombination von Land- und Energiewirtschaft hin zu stärkeren Wertschöpfungsketten in einem lebenswerten ländlichen Raum.

DIE LINKE in politischer Verantwortung wird sich dafür einsetzen, dass die dafür erforderlichen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen – angefangen bei der EU, über die Bundes- und Landesebene bis hin in die Landkreise und Dörfer – verteidigt, gestärkt und, wo notwendig, hergestellt werden.

Ihr



*Wulf Gallert*  
Vorsitzender der  
Fraktion DIE LINKE. im Landtag  
von Sachsen-Anhalt

# 1. Sachsen-Anhalt – ein vorzüglicher Landwirtschaftsstandort

Das Land Sachsen-Anhalt hat als achtgrößtes Land der Bundesrepublik eine Flächenausdehnung von rund 20 445 Quadratkilometern. Sein besonderes landschaftliches Profil erhält das Land durch die Magdeburger Börde, die nördlich gelegenen Grünlandstandorte der Altmark, die ostelbischen Niederungen, durch den Harz und das Harzvorland sowie im Süden durch die Querfurter Platte und das Saale-Unstrut-Tal, in dem der Weinanbau bereits eine über tausendjährige Tradition hat.

Die Waldfläche beträgt in Sachsen-Anhalt 492 128 Hektar. Damit sind 24 Prozent der Landesfläche bewaldet.

Die landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) umfasst mit 1 171 588 Hektar insgesamt etwa 57 Prozent der Landesfläche.

Vor allem ist es die Magdeburger Börde, die als zentrale fruchtbare Ebene des Landes den Agrarstandort Sachsen-Anhalt maßgeblich prägt und wegen ihrer wertvollen Löss- bzw. Schwarzerdeböden weit über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannt ist. Die Bodenwertzahlen liegen hier vorwiegend in einem sehr guten Bereich von 71 bis 100. Diese Höchstzahl von 100, die seinerzeit bei der Bewertung der Bodenqualität in der Flur bei Eickendorf vergeben wurde, ist bis heute anerkannter Bewertungsmaßstab für die Bodengüte in ganz Deutschland.

Annähernd fruchtbare Böden finden sich auch um Querfurt (Querfurter Platte) sowie in der Halle-Leipziger Tieflandsbucht.

Diese vorzüglichen Ackerbaugebiete empfehlen sich vor allem für den Weizen- und Zuckerrübenanbau.

Im Norden Sachsen-Anhalts befindet sich die grünlandreiche Region Altmark, die ein traditionell anerkannter und ebenso erfolgreicher Standort der Rinderzucht und Milchproduktion ist. Verglichen mit der Bodengüte in der Magdeburger Börde liegt die Bodenwertzahl hier eher bei 30 bis 65.

Bewährte Standorte der Tierhaltung und Milchproduktion sind darüber hinaus auch die Niederungen östlich der Elbe.

Mit den herausragenden natürlichen Bedingungen einerseits und mit den hier anzutreffenden agrarstrukturellen Vorzügen einer modernen Landwirtschaft, die sich insbesondere in den gut aufgestellten Unternehmen der landwirtschaftlichen Primärproduktion zeigen, avanciert Sachsen-Anhalt bereits europaweit zu den begehrtesten Agrarstandorten.

Als Wirtschaftszweig gehört die Landwirtschaft längst zu den leistungsfähigen Branchen im Land und bietet ein stabiles Fundament für die erfolgreiche Entwicklung der Ernährungswirtschaft in Sachsen-Anhalt.

Der Anteil der Landwirtschaft an der Bruttowertschöpfung lag im Jahr 2009 mit 736 Millionen Euro bei 1,6 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung des Landes Sachsen-Anhalt. Wenn hier gegenüber dem Vorjahr eine rückläufige Tendenz zu erkennen ist, so muss dazu festgestellt werden, dass 2008 ein doch relativ starkes Jahr war und die krisenhaften Erscheinungen des Jahres 2009 auch den Bereich Landwirtschaft nicht unberührt ließen.

## 2. Struktur der landwirtschaftlichen Unternehmen, Flächenausstattung und Arbeitskräfte

### 2.1 Rechtsformen der Agrarunternehmen

In den neuen Bundesländern und damit auch in Sachsen-Anhalt zeichnen sich die landwirtschaftlichen Betriebe/Agrarunternehmen im Unterschied zur Landwirtschaft im früheren Bundesgebiet durch ein breites Spektrum an unterschiedlichen Rechtsformen aus.

Von den 4842 Agrarunternehmen im Haupterwerb, die es in Sachsen-Anhalt gibt, sind 546 »juristische Personen«. Damit sind 11,3 Prozent aller Unternehmen in Gemeinschaftsunternehmen, im Wesentlichen in der Rechtsform GmbH und Agrargenossenschaft e.G., organisiert. Dabei ist die Agrargenossenschaft die bemerkenswerteste Betriebsform, die durch die Länder des neuen Bundesgebietes, der früheren DDR, mit in die Einheit Deutschlands eingebracht worden ist. Sie musste sich als solche gegen den Widerstand aus der Politik und von nicht selten zweifelhaften Wirtschaftsberatern, gerade Anfang der 90er Jahre, behaupten, konnte sich letztlich aber durchsetzen. Mit der Umgestaltung von LPG in Agrargenossenschaften und in GmbH erfolgte nicht nur eine Rechtsangleichung an die nunmehr neuen Rechtsverhältnisse, sondern dieser Weg war gleichzeitig auch Ausdruck dessen, dass Vorstände und Vorsitzende von LPG, die diesen Weg gingen, Verantwortung für das Unternehmen und für die Vielzahl der Mitglieder und Beschäftigten übernahmen. Sie waren daran interessiert, für die Beschäftigten einen weitestgehend sozial

abgesicherten Weg für den Übergang in die neuen Rechtsverhältnisse zu finden. DIE LINKE hat sich von Anfang an für die neuen Agrarstrukturen und insbesondere für den Erhalt der Genossenschaften eingesetzt.

Wir vertreten nach wie vor den Standpunkt und finden dabei bei der Mehrzahl der Landwirte vor Ort auch die Bestätigung, dass Genossenschaften mehr als eine Form der bloßen Selbsthilfe sind. Sie stellen eine zukunftsfähige Variante eines nachhaltigen landwirtschaftlichen Wirtschaftens dar.

In einem Vergleich mit den anderen Bundesländern gibt es in Sachsen-Anhalt die meisten Agrargenossenschaften, die gleichzeitig auch den größten Flächenanteil auf sich vereinen. (Tabelle 1, nächste Seite)

Insgesamt gibt es 2007 in Sachsen-Anhalt 247 Agrargenossenschaften. Das sind etwa 5 Prozent aller Agrarunternehmen. (Tabelle 2, nächste Seite)

Mit dem Bericht der Landesregierung zur »Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt 2003« sind die Agrargenossenschaften letztmalig aufgeführt, d. h., sie sind seitdem in den jährlichen Folgeberichten innerhalb der Position »juristische Personen« nicht mehr gesondert erfasst worden. Was möglicherweise als Ignoranz, mindestens aber als Unterschätzung der Bedeutung der Agrargenossenschaften bewertet werden könnte. Daher konnten die aktuellen Zahlen für die Agrargenossenschaften nur »hochgerechnet« werden und sind insofern nur bedingt belastbar. Immerhin gab es im Jahre 2000 laut

**Tabelle 1: Anzahl/Verteilung der Agrargenossenschaften (AG) auf die neuen Bundesländer (2007)**

Bundesland	Anzahl	Prozent	Hektar LF
Brandenburg	222	21,6	317.000
Mecklenburg-Vorpommern	159	15,5	224.279
Sachsen	207	20,1	283.525
Sachsen-Anhalt	247	24,0	346.368
Thüringen	193	18,8	287.428
AG insgesamt	1.028	100,0	1.458.700

Quelle: unter Nutzung von Informationen aus dem Fachprüfverband von Produktivgenossenschaften in Mitteldeutschland e.V.

**Tabelle 2: Rechtsformen und Flächenausstattung Sachsen-Anhalt (2007)**

Rechtsformen in der Landwirtschaft Sachsen-Anhalt	Anzahl	Prozent von den Betrieben insgesamt	Hektar landwirtschaftliche Fläche (LF)	Prozent von der LF insgesamt	Hektar pro Betrieb
Natürliche Personen	4.296	88,7	662.576	56,6	154
Einzelunternehmen	3.450	71,2	323.334	27,6	94
Personengesellschaften	846	17,5	339.242	29,0	401
Juristische Personen	546	11,3	507.196	43,4	929
Agrargenossenschaften*	247	5,1	346.368	29,6	1.402
GmbH u. a. (Gemeinschaftsunternehmen)	299	6,2	160.828	13,7	538
insgesamt	4.842	100,0	1.169.772	100,0	242

Quelle: bezugnehmend auf den Bericht zur Lage der Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft und Tierschutzbericht des Landes Sachsen-Anhalt 2010 (\*Agrargenossenschaften werden in diesem Bericht nicht mehr ausgewiesen, Angaben dazu aus Recherchen beim Fachprüfverband von Produktivgenossenschaften in Mitteldeutschland e.V.)

Bericht der Landesregierung von 2003 noch 279 Agrargenossenschaften. Ihre Zahl hat sich demzufolge innerhalb von 10 Jahren um 32 verringert.

An der Zahl der Betriebe gemessen mag der Anteil der Genossenschaften mit 5 Prozent gering erscheinen, doch diese Agrargenossenschaften bewirtschaften

zusammen 346 370 Hektar, d. h. fast 30 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche in Sachsen-Anhalt. Rechnet man die Unternehmensform »juristische Personen« zusammen, so entfallen auf die Gemeinschaftsunternehmen 507 196 Hektar – also ca. 43 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche des Landes.

Neben den Agrarunternehmen im Haupterwerb gab es in Sachsen-Anhalt mit Stand von 2007 außerdem 1454 landwirtschaftliche Betriebe im Nebenerwerb, die 44 877 Hektar Ackerland bewirtschafteten. In 700 Nebenerwerbsbetrieben wurden 13 292 Rinder und in 448 Betrieben 7144 Schweine gehalten. In 31 Betrieben wurden 431 Milchkühe gehalten. 887 Betriebe waren betriebswirtschaftlich vorrangig auf Ackerbau, 612 auf Futterbau und 257 gleichermaßen auf Pflanzenbau und Viehhaltung ausgerichtet.

## 2.2 Flächenausstattung

Die Flächenausstattung eines Landwirtschaftsbetriebes in Sachsen-Anhalt hat sich stetig erhöht und umfasst im Jahr 2007 im Durchschnitt 242 Hektar. (Tabelle 3)

Die juristischen Personen insgesamt bewirtschaften im Durchschnitt pro Betrieb etwa 930 Hektar; die Agrar Genossenschaften allein gerechnet liegen bei etwa 1400 Hektar. Die natürlichen Personen, das heißt, die mehr oder weniger einzelbäuerlich wirtschaftenden Unternehmen und die Gesellschaften bürgerlichen Rechts (GbR) zusammen gerechnet können im Durchschnitt der Betriebe auf eine Fläche von 154 Hektar verweisen. Damit liegt die Flächenausstattung selbst der natürlichen Personen in Sachsen-Anhalt um 100 Hektar über dem Gesamtdurchschnitt der landwirtschaftlichen Betriebe in den alten

Bundesländern. Hier liegt die durchschnittliche Größe der Betriebe bei lediglich 54 Hektar. Die Entwicklung bei der Flächenausstattung in Sachsen-Anhalt folgt dem allgemeinen bundesweiten Trend. Bei abnehmender Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in den zurückliegenden acht bis zehn Jahren haben vor allem größere landwirtschaftliche Betriebe an Fläche gewonnen. Diese Zunahme ist insbesondere in den Größenklassen von 200 Hektar bis 1000 Hektar zu verzeichnen. Betriebe, die mehr als 200 Hektar bewirtschaften, machen ca. 87 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Fläche (LF) Sachsen-Anhalts aus.

**Tabelle 3: Zahl der Betriebe und durchschnittliche Flächenausstattung pro Betrieb**

	1999	2003	2007
Anzahl der Betriebe	5.100	4.941	4.842
Flächenausstattung pro Betrieb in Hektar	230	236	242

*Quelle: in Anlehnung an Informationen aus dem Fachprüfverband von Produktivgenossenschaften in Mitteldeutschland e. V.*

DIE LINKE in Sachsen-Anhalt bekennt sich ausdrücklich zu diesen modernen landwirtschaftlichen Betrieben, weil sie in ihnen echte Potenziale für die Entfaltung von sozial gerechtem und ökologisch nachhaltigem Wirtschaften erkennt.

Nicht zu unterschätzen ist auch das Potenzial dieser Agrarunternehmen, ihren Mitgliedern/Beschäftigten annehmbare Arbeits- und Lebensbedingungen sowie Ausbildungsmöglichkeiten für den Nachwuchs bieten zu können. Unter diesem Gesichtspunkt können daraus gleichermaßen auch bedeutende

Potenziale für die Entwicklung der ländlichen Räume erwachsen.

### 2.3 Arbeitskräfte

In der Landwirtschaft Sachsen-Anhalts waren 2007 rund 26 100 Personen beschäftigt, davon 19 340 (74 Prozent) ständig, 12 450 waren vollbeschäftigt. Damit ergibt sich für 2007 ein Vollbeschäftigtenanteil an den ständig Beschäftigten von 64,4 Prozent. Gegenüber 2005 ist die Zahl der Beschäftigten um 1636 (5 Prozent) gesunken. Die weitere Effizienzsteigerung des Arbeitskräfteeinsatzes zeigt sich an dem Rückgang des Arbeitskräftebesatzes auf 1,3 Arbeitskräfteeinheiten je 100 Hektar im Jahre 2007. 1995 waren es noch 1,9 und 2005 noch 1,5 Arbeitskräfteeinheiten je 100 Hektar.

Während in den reinen Marktfruchtbetrieben Arbeitsplätze kaum zu Buche schlagen, werden Arbeitsplätze erwiesenermaßen vor allem in Misch- bzw. Veredlungsbetrieben vorgehalten.

Das Bemühen der LINKEN um die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum ist auch darauf ausgerichtet, in der Land- und Forstwirtschaft sowie allgemein im ländlichen Raum ein Einkommensniveau zu sichern, das den Beschäftigten in diesen Bereichen und den Menschen in den Dörfern insgesamt gleichwertige Lebensverhältnisse zu denen in den Städten und Ballungszentren ermöglicht. Die Anstrengungen der LINKEN um die Einführung von Mindestlöhnen werden darum auch diesen Bereich nicht ausschließen.

## 3. Acker- und Pflanzenbau

Nach der Bodennutzungshaupterhebung wurde in Sachsen-Anhalt im Jahre 2009 eine landwirtschaftliche Fläche von 1 171 588 Hektar bewirtschaftet. Davon sind 85,5 Prozent Ackerland (AL) und 14,2 Prozent Dauergrünland (GL). (Tabelle 4)

In Sachsen-Anhalt wird auf 599 400 Hektar und damit auf 51 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche Getreide angebaut. 56 Prozent der Getreidefläche (336 600 Hektar) waren Winterweizen. Damit kommt dem Getreide in den Agrarunternehmen eine besondere betriebswirtschaftliche Bedeutung zu. Mit der Ernte 2009 sind in Sachsen-Anhalt insgesamt 4,47 Millionen Tonnen Getreide geerntet worden. Das sind etwa 15 Prozent des bundesweit geernteten Getreides, wobei Sachsen-Anhalt nur

**Tabelle 4: Struktur der landwirtschaftlich genutzten Fläche in Sachsen-Anhalt 2008**

Nutzungsart	Fläche Hektar	Anteil Prozent
LF insgesamt	1.171.588	100
<b>davon</b>		
Ackerland	1.001.960	85,5
Dauergrünland	166.625	14,2
Dauerkulturen Obstanlagen	3.003	0,3

*Quelle: bezugnehmend an den Bericht zur Lage der Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft und Tierschutzbericht des Landes Sachsen-Anhalt 2010*

**Tabelle 5: Entwicklung des Anbaus ausgewählter Ackerkulturen**

Landkreis	2008 Hektar	2009 Hektar	2010 Hektar	2010 Ackerland Hektar	2010 Anbau Prozent zum Ackerland
Salzwedel	17.403	17.274	20.470	93.385	21,9
Anhalt-Bitterfeld	7.560	7.436	9.274	79.634	11,6
Bördekreis	11.390	10.452	13.942	129.560	10,8
Burgenlandkreis	7.396	6.491	8.025	82.508	9,7
Stadt Dessau-Roßlau	238	224	241	3.994	6,0
Stadt Halle	11	10	58	2.647	2,2
Harz	3.856	3.953	4.229	88.604	4,8
Jerichower Land	6.827	6.899	8.407	66.278	12,7
Stadt Magdeburg	61	145	105	4.585	2,3
Mansfeld Südharz	2.825	2.998	4.167	64.427	6,5
Saalekreis	7.431	7.105	8.524	93.096	9,2
Salzlandkreis	6.010	5.622	7.353	93.717	7,8
Stendal	18.941	18.735	21.455	107.688	19,9
Wittenberg	8.285	8.207	8.740	69.676	12,5
Land Sachsen-Anhalt	98.234	95.551	114.990	979.799	11,7

Quelle: Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage Drs. 5/7242

über knapp 7 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche Deutschlands verfügt. Vor diesem Hintergrund führen Preisturbulenzen auf dem Getreidemarkt sowie witterungsbedingte extreme Schwankungen im Ertragsniveau wie im Jahre 2010 immer auch zu besonderen Herausforderungen in der Landwirtschaft Sachsen-Anhalts.

Mit dem Wegfall der von der EU vorgegebenen Flächenstilllegung (2009) hat sich die freiwillige Flächenstilllegung gegenüber 2008 von 38 100 Hektar auf 28 500 Hektar im Jahre 2009 verringert.

Davon profitierte vor allem der Anbau von Winterraps.

Der Anbau von Silomais ist seit dem Jahr 2000 von 56 772 Hektar systematisch auf 79 574 Hektar gestiegen.

Im Durchschnitt liegt der Maisanbau (Körner und Silomais insgesamt) in Sachsen-Anhalt noch unter 10 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche, bezogen auf die Ackerfläche sind es jedoch 11,7 Prozent. (Tabelle 5, oben)

Während von hier aus bezüglich einer Überkonzentration noch keine Probleme sichtbar werden, darf die Gefahr einer etwaigen Überkonzentration in ausge-

wählten Regionen im Zusammenhang mit der Biogasproduktion nicht unterschätzt werden. Landkreise mit dem höchsten Maisanbau<sup>1</sup> sind in Sachsen-Anhalt die Landkreise Altmarkkreis Salzwedel (21,9 Prozent zum Ackerland), Stendal (19,9 Prozent), Jerichower Land (12,7 Prozent) und Wittenberg (12,5 Prozent). Schon jetzt gibt es in Niedersachsen Gebiete mit einem Maisanteil von 50 Prozent.

Der Anbau von Kartoffeln folgt auch in Sachsen-Anhalt dem allgemeinen bundesweiten Trend. Der Anbau ist in Sachsen-Anhalt in den letzten 20 Jahren von etwa 80 000 Hektar auf 12 800 Hektar im Jahre 2009 zurückgegangen. Der Rückgang der Anbaufläche ist mit Sicherheit auch darin begründet, dass die Kartoffel bei der Schweinefütterung durch Getreide verdrängt wurde – ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Intensivierung der Schweinehaltung und der Konzentration der Bestände. Der Getreideinsatz eignet sich besser für die Mechanisierung und Automatisierung der Fütterungsprozesse. Damit ist die Kartoffel z. B. selbst in der Altmark längst keine standortprägende Kultur mehr. Ob dieser gravierende Rückgang des Kartoffelanbaus noch dazu beitragen kann, die natürlichen Potenziale solcher Standorte wie der Altmark nachhaltig zu nutzen, ist mindestens zu hinterfragen.

Unbedingt kritisch ist der geringe Feldfutteranteil zu bewerten, insbesondere der seit Jahren rückläufige Anbau von Leguminosen.

So ging z. B. in den letzten 20 Jahren allein der Anbau von Luzerne von ca. 50 000 Hektar (!) auf 4 200 Hektar (!) im Jahre 2008 zurück. (Tabelle 6) Die Entwicklung der Vermehrungsfläche

für Luzerne ist entsprechend. Vor zehn Jahren wurden in Sachsen-Anhalt noch 2 398 Hektar Leguminosen zur Vermehrung angebaut. 2009 waren es nur noch 1160 Hektar.

Dabei wäre es möglich, über einen wieder stärkeren Leguminosenanbau, insbesondere über die Luzerne, wertvolles rohprotein- und mineralstoffreiches Futter für die Tierbestände bereitstellen zu können.

Auf tiefergründigen, nährstoffreichen Böden (Magdeburger Börde) ist es unter Beachtung einer wissenschaftlichen Fruchtfolge vorteilhaft, wenn der Luzerneanbau hier 12 bis 15 Prozent der Ackerfläche einnimmt.

Die weitere Globalisierung bzw. Liberalisierung auch der Agrarmärkte führte jedoch dazu, dass heute etwa 80 Prozent der eingeführten Kraftfutterkomponenten auf Soja und Sojaschrotbasis entfallen. Davon verbraucht Deutschland 4,7 Millionen Tonnen pro Jahr.<sup>2</sup>

Die ökologischen und sozialen Auswirkungen sind dramatisch. In den Exportländern wird so eine beachtliche landwirtschaftliche Fläche gebunden nur für die Versorgung der Tierbestände in den Ländern Europas. Allein für die Versorgung der Viehbestände in Deutschland sollen in den zurückliegenden Jahren jährlich mehr als 2,5 Millionen Hektar Anbaufläche in Ländern außerhalb Europas in Anspruch genommen worden sein. Das ist nicht nur Fläche, die in vielen dieser Länder zur Beseitigung von Hunger und Unterernährung fehlt, gleichzeitig werden auch tagtäglich Tausende Subsistenzwirtschaften zerstört und damit unzählige Menschen aus ihren traditionellen Lebensräumen vertrieben.

[1] Silomais und Körnermais 2010, Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage Drs. 5/7242.

[2] Aussage aus dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

**Tabelle 6: Entwicklung des Anbaus ausgewählter Ackerkulturen**

Fruchtart pro 1.000 Hektar	1990	1995	1996	2002	2008	2009*
Getreide gesamt	559,3	539,7	563,8	600,8	598,9	599,4
darunter Weizen	224,9	277,0	272,5	324,7	335,8	335,6
Roggen	110,7	87,5	86,2	89,9	89,1	89,1
Gerste	209,2	136,2	150,5	121,5	124,4	120,9
Hafer	12,8	5,4	6,4	6,2	5,8	5,1
Triticale	1,3	22,6	33,8	44,4	21,3	21,0
Körnermais	0,3	10,5	13,8	13,6	22,1	17,2
Kartoffeln	72,8	17,5	18,2	13,8	12,6	12,8
Zuckerrüben	80,9	85,1	61,4	51,8	45,6	46,3
Raps und Rübsen	20,9	61,5	68,5	134,2	161,4	169,4
darunter Winter-Raps	15,5	85,1	63,6	133,6	160,5	169,4
Körner Sonnenblumen	–	8,6	4,8	2,7	2,4	–
Futtererbsen	2,0	20,4	26,4	34,5	6,5	–
Ackerbohnen	4,4	1,0	0,7	0,8	0,9	–
Luzerne	51,4	7,3	6,3	2,2	4,2	–
Silomais	113,9	66,3	78,8	53,2	78,7	79,6
Dauerwiesen und Mähwiesen	174,2	123,5	128,9	135,3	142,0	–

Quelle: Statistische Jahrbücher des Landes Sachsen-Anhalt

\*bezugnehmend auf den Bericht zur Lage der Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft und Tierschutzbericht des Landes Sachsen-Anhalt 2010

Die Zerstörung der Regenwälder ist die Folge einer so ausgerichteten Agrarpolitik. Wenn sich dabei in der eigenen Landwirtschaft der Anbau von Leguminosen und Feldfutter im Allgemeinen rückläufig entwickelt, so hat das fatale Auswirkungen, weil auf wertvolle phytosanitäre und die Bodenfruchtbarkeit verbessernde Maßnahmen verzichtet wird. Außerdem ist ein ausgewogener Acker-

futterbau und ein vielseitiges Angebot an Kulturpflanzen in der Fruchtfolge nicht nur eine Frage der Sicherung und der Erhöhung der Bodenfruchtbarkeit, sondern immer auch ein Beitrag zum Erhalt der Artenvielfalt und zur Stärkung der Biodiversität. An dem drastischen Rückgang des Rotmilan-Bestandes im Havel kann dieser unmittelbare Zusammenhang eindrucksvoll dargestellt werden.

Sich wieder mehr der Durchsetzung wissenschaftlich begründeter Fruchtfolgen zuzuwenden, ist darum zur Ausgestaltung einer multifunktionalen Landwirtschaft unbedingt geboten. An dieser Stelle sind gerade auch die Agrarwissenschaften wieder stärker gefordert, die Themen der konventionellen Landwirtschaft aufzugreifen und wissenschaftlich zu bearbeiten.

Immerhin wirtschaften etwa 90 Prozent aller Landwirte nach wie vor auf herkömmliche Weise nach dem Prinzip der »guten fachlichen Praxis«. Dieser Hauptteil der Landwirtschaft darf weder in einen Gegensatz zur ökologisch bzw. alternativ betriebenen Landwirtschaft gestellt werden, noch darf sie aus dem Blickwinkel der Agrarwissenschaften geraten.

## 4. Tierproduktion und Veredlungswirtschaft

### **4.1 Ein umweltfreundlicher Weg zur Erhöhung des Tierbesatzes schließt unangemessene Tierkonzentrationen aus**

Die Planung und Errichtung von Tierproduktionsanlagen in Sachsen-Anhalt geben immer wieder Anlass zu einer kritischen Diskussion.

Investoren und Befürworter von Anlagen mit hoher Tierkonzentration bedienen sich immer wieder der Argumentation, dass Sachsen-Anhalt im bundesweiten Vergleich das Flächenland mit dem geringsten Viehbesatz ist. Darum sei die Errichtung von Tierproduktionsanlagen ein Beitrag für die weitere Entwicklung der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes.

Richtig ist, dass wir in Sachsen-Anhalt in der Tat noch Potenziale zur Erhöhung der Tierbestände haben. (Tabelle 7, Seite 15) Während bei uns weniger als 0,5 Großvieheinheiten pro Hektar gehalten werden, ist es z. B. in Bayern, Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen die dreifache Menge. Dies vorausgeschickt, vertreten wir nicht erst seit heute den Standpunkt, dass eine Politik der Umverteilung der Viehbestände in Deutschland auf lange Sicht unbedingt geboten ist. Wir gehen aber davon aus, dass eine

Aufstockung der Bestände nicht über Investitionen in Anlagen erfolgen darf, die dem Erfordernissen regionaler Wirtschafts- und Stoffkreisläufe und damit den Grundsätzen einer umweltgerechten Landwirtschaft zuwiderlaufen. Wir denken dabei an überregionale Lebendvieh-, Gülle- und Futtertransporte, die unbedingt vermieden werden sollten. Es geht also um Anlagen, die durch das natürliche Umland »verkräftet« werden, sich in landwirtschaftliche Produktionsprozesse integrieren, die bei der Bevölkerung Akzeptanz finden und den Anforderungen des Tierschutzes gerecht werden.

Sachsen-Anhalt darf nicht weiter eine Adresse für Investoren sein, die auf billigen Boden und ebenso billige Arbeitskräfte spekulieren können. Zur Zeit sind für solche Spekulationen Tür und Tor geöffnet, weil es immer noch keine auf den Standort bezogenen verbindlichen Kriterien für zulässige Konzentrationsgrößen von Viehbeständen gibt, die sich auf konkrete Aussagen im Landesentwicklungsplan stützen könnten. Im Landtag gab es bisher keine Mehrheiten dafür, das Bundes- und Landesbaurecht in dieser Hinsicht auf den Prüfstand zu stellen bzw. stellen zu lassen mit der Zielstellung, diesbezüglich klare Entscheidungskriterien einzufüh-

ren. Der viel zitierte Raumordnungserlass vom Dezember 2009 hat zwar eine breitere öffentliche Beteiligung bei der Planung von Großinvestitionen im Land nochmals hervorgehoben, aber eine wirkliche Veränderung ist damit nicht erreicht worden.

Hier wird DIE LINKE mehr Verbindlichkeit und Klarheit im Bundes- und Landesrecht erwirken, um auch tatsächlich größere, nicht angemessene Konzentrationen im Bereich der Tierproduktion und Verarbeitung durch Versagung ausschließen zu können.

**Tabelle 7: Entwicklung der Tierbestände im Land Sachsen-Anhalt**

Tierart	Anzahl Tiere							
	1990	1991	1996	2001	2006	2007*	2008*	2009**
Rinder insgesamt	888.500	498.800	439.000	382.700	330.900	334.800	350.300	352.526
darunter Milchkühe	290.900	177.600	192.300	144.900	129.300	131.400	129.400	127.128
Schweine insgesamt	1.955.900	932.400	711.200	861.200	958.000	1.003.000	1.007.600	1.053.630
darunter Zucht-sauen	170.400	104.500	79.400	102.700	118.500	125.800	124.100	128.457
Schafe insgesamt	372.800	172.400	125.800	137.600	112.800	111.400	110.400	113.698
darunter Mutter-schafe	211.700	113.300	93.000	X	X	70.162	X	73.367

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt \*ab 2007 Zählung zur Jahresmitte  
\*\*aus dem Bericht zur Lage der Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft und Tierschutzbericht des Landes Sachsen-Anhalt 2010

#### **4.2 Direktvermarktung und regionale Wertschöpfungsketten im ländlichen Raum**

Statt Investitionen mit überdimensionalen Tierkonzentrationen zu befördern, setzt sich DIE LINKE für eine flächen-deckende Landwirtschaft ein, die sich durch ein ausgewogenes Verhältnis von Wirtschaftlichkeit, Energieverbrauch, Arbeitsplatzangebot, Umweltverträglichkeit und Versorgungssicherheit auszeichnet und dabei immer auch die Lebens-

interessen der Menschen im ländlichen Raum berücksichtigt.

In diesem Sinne wollen wir das Prinzip des regionalen Wirtschaftsförderungskreislaufs in der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft stärken und damit die Entwicklung regionaler Vermarktungs- und Wertschöpfungsketten zur Stärkung der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes befördern. Dabei kommt der Direktvermarktung in der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft unter Beachtung einer stand-

ortgerechten Produktion sowie der Kooperation und Zusammenarbeit der Direktvermarkter in den jeweiligen Regionen eine große Bedeutung zu. In Sachsen-Anhalt gibt es heute 400 landwirtschaftliche Unternehmen, die sich mit der Direktvermarktung ihrer Erzeugnisse befassen. Sie tragen dazu bei, Arbeitsplätze und neue Wirtschaftsfelder im ländlichen Raum zu schaffen, indem sie Produktion, Aufbereitung, Lagerung und Vermarktung der Produkte weitestgehend im eigenen Wirtschaftskreislauf organisieren.

Erwartet wird in diesem Sektor von den Akteuren vor allem, dass politische Rahmenbedingungen und Förderprogramme gezielter ausgerichtet werden und unbürokratischer genutzt werden können.

Obwohl diese Form der Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse in einem hohen Maße den Erwartungen der Verbraucher entspricht, haben es die Direktvermarkter dennoch schwer, sich in einem ungleichen Wettbewerb mit den herkömmlichen Anbietern und dem Handel durchzusetzen. Einen Weg zur Verbesserung der Position der Direktvermarkter und damit zur Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe und Wertschöpfungsketten erkennt DIE LINKE in der Versagung sowie im Zurückdrängen unangemessener Konzentrationen von Produktionskapazitäten z. B. im Bereich der Schlachtung sowie bei der Verarbeitung sonstiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Gleichzeitig ist das auch eine Absage an Anlagen der Tierproduktion mit überdimensionalen Tierkonzentrationen.

## 5. Nachwachsende Rohstoffe und Energieträger im Konflikt mit der Nahrungsmittelproduktion?

Der Standpunkt der LINKEN ist, dass die Aufgabe der Landwirtschaft in erster Linie darin besteht, Nahrungsmittel zu produzieren. Hier ordnet sich die Verantwortung für die Produktion, Verarbeitung und Nutzung nachwachsender Rohstoffe und Energieträger unbedingt ein.

Darüber hinaus besteht eine wichtige Aufgabe darin, die Abprodukte der landwirtschaftlichen Produktion, wie in allen Bereichen der Wirtschaft, konsequent einer sinnvollen stofflichen und energetischen Nutzung zuzuführen. Dies ist letztlich eine Frage des verantwortungsvollen Umgangs mit allen Ressourcen, die uns zur stofflichen und energetischen Nutzung zur Verfügung stehen.

Indem die Landwirtschaft nachwachsende Rohstoffe und Energieträger zur

eigenen Nutzung anbaut und verarbeitet oder zur industriellen Weiterverwertung bereitstellt, leistet sie ihren spezifischen Beitrag zum Schutz der Ressourcen und des Klimas.

Im Jahre 2007 waren Silomais mit 12055, Raps mit 78 682 Hektar, Getreide mit 34 863 Hektar und Zuckerrüben mit 2158 Hektar vom Anbauumfang her die herausragenden Kulturen, die in Sachsen-Anhalt als nachwachsende Rohstoffe bzw. Energieträger angebaut wurden.

Gegenüber der stofflichen Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen gewinnen vor allem der Anbau und die Verwertung von Energieträgern gegenwärtig an Bedeutung.

Gestützt durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) sind vor allem landwirtschaftliche Kulturen als Energieträger gefragt. Sie bieten über die Verstromung,

Gaseinspeisung, Wärmeerzeugung oder Kraftherstellung günstige Verwertungsmöglichkeiten.

Seit langem nimmt hier die Produktion von Biogas eine zentrale Stellung ein. Seit dem Jahr 2000 wurden in Sachsen-Anhalt 209 Biogasanlagen errichtet bzw. befinden sich in Errichtung. Dafür sind mindestens 18,6 Millionen Euro Fördermittel durch das Land ausgereicht worden. Etwa 36 Biogasanlagen sind, ausschließlich in landwirtschaftlichen Unternehmen, mit einem Fördermittelvolumen von ca. 4,2 Millionen Euro gefördert worden.

Für die Errichtung von vier weiteren Anlagen liegen bei der Landesregierung entsprechende Bauvoranfragen vor.<sup>3</sup> Demnach ist beabsichtigt im Bördekreis eine Anlage (Anlagenleistung 950 kW), im Burgenlandkreis eine Anlage (Anlagenleistung 950 kW) und im Landkreis Harz zwei Anlagen (Anlagenleistung 950 kW und 250 kW) zu errichten. Die Antragsteller sind Landwirte.

Überschaubare Kapazitäten, die dezentral angelegt und in den landwirtschaftlichen Reproduktionsprozess eingeordnet sind, sind bereits heute vielerorts ein Beitrag zur nachhaltigen Energieversorgung mit positiven Auswirkungen auf die ökologische und ökonomische Situation im ländlichen Raum. Indem so in den

Dörfern neue Beziehungen zwischen Landwirten, Kommunen, teilweise zwischen öffentlichen Einrichtungen und Privathaushalten geknüpft werden, ergeben sich auch Chancen für die Entwicklung und gegebenenfalls auch Wiederbelebung sozialer Kontakte im ländlichen Raum. Außerdem kann dieser Weg der örtlichen Energieversorgung auch ein Beitrag zur Imagepflege der Landwirtschaft sein.

Gerade für Milchviehbetriebe bietet sich zu diesem Zweck die Verwertung der Gülle an, kann doch die Produktion von Biogas gerade in Zeiten unwirtschaftlicher Milchpreise zur Stabilität des Unternehmens beitragen.

Das EEG ruft aber auch Interessenten auf den Plan, die über einen mehr oder weniger großflächigen Maisanbau in die Biogasproduktion investieren.

DIE LINKE warnt vor solchen Investitionen, weil sie sich langfristig gesehen gegen eine ausgewogene ökonomische und auch ökologische Bilanz der Betriebe und der Region richten.

Biogasanlagen in Größenordnungen, die das Potenzial der jeweiligen Region überfordern, die auf überregionale Transporte von Gülle und von anderen Zuschlagstoffen zurückgreifen oder eine unvertretbar hohe Maiskonzentration in einer Region zur Folge haben, lehnen wir darum ab.

## 6. Bodenpolitik

Für den Handel mit landwirtschaftlichen Nutzflächen gelten die Bestimmungen<sup>3</sup> des Grundstücks- und des Landpachtverkehrsgesetzes. Mit beiden Gesetzen werden ordnungspolitische Eingriffe, unter anderem in den Fällen, in denen sich Nichtlandwirte um den Kauf bzw. die Pacht von

landwirtschaftlichen Nutzflächen bemühen, geregelt. Dies hat sich in den zurückliegenden Jahrzehnten zur Sicherung einer gesunden Bodenverteilung und zur Verhinderung von Preistreiberei und Bodenspekulationen bewährt. Die jetzigen Probleme auf dem Bodenmarkt sind ausschließlich der Privatisierungspraxis der Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) geschuldet,

[3] Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage Drs. 5/7242.

die die Verwertung ihrer Flächen unter bewusster Missachtung des Grundstücks- und des Landpachtverkehrsgesetzes, also ohne ordnungspolitische Eingriffsmöglichkeiten durchführt.

Der Gesetzgeber hat es in der Hand, hier ordnungspolitisch einzugreifen, um die gegenwärtige Preistreiberei der BVVG zu beenden und gleichzeitig auch deren Privatisierungs- bzw. Verwertungsgrundsätze zum Vorteil der Landwirtschaft und der ländlichen Räume neu auszurichten. DIE LINKE hat mehrmals gefordert, dass bei der Verwertung der Flächen durch die BVVG die Verpachtung gegenüber der Privatisierung den Vorrang erhalten sollte. Auch das Prinzip »Entschädigung vor Rückgabe« statt »Rückgabe vor Entschädigung« ist von der LINKEN favorisiert worden.

Obwohl es CDU, SPD und FDP in der Hand hatten und haben, insbesondere auch bei der Privatisierungspraxis der BVVG Veränderungen herbeizuführen, sind sie passiv geblieben und haben sich im Gegensatz zu ihren öffentlichen Erklärungen damit ganz offensichtlich als Träger dieser verfehlten Boden- und Eigentumspolitik ausgewiesen.

Abgesehen von einigen medienwirksamen Interventionen gegen die Praxis der BVVG ist ein Versuch, hier wirklich Veränderungen herbeizuführen zu wollen, nie zu erkennen gewesen.

Die BVVG wird weiter meistbietend verwerten und so die Kapitalkraft bzw. die finanziellen Möglichkeiten der ortsansässigen Landwirte bzw. der Landwirtschaftsbetriebe überfordern. Für sie sind Investitionen in Technologie und sonstiges Know-how ohnehin weitaus wichtiger, als in Boden zu investieren. Damit sind sie praktisch von einer Teilhabe am Erwerb »ihrer« Flächen, die sie bis dahin gepachtet und bewirtschaftet hatten, weitgehend ausgeschlossen. Da davon vor allem landwirtschaftliche Betriebe mit Veredelungsproduktion betroffen sind, haben die Aus-

wirkungen zusätzliche negative Dimensionen. Sind es doch gerade diese Betriebe, die dem ländlichen Raum Wertschöpfung bringen und Arbeitsplätze vorhalten!

DIE LINKE wird auch künftig darauf drängen, dass Landes- und Bundespolitik an dieser Stelle nicht länger passiv bleiben.

Es liegt auf der Hand, dass eine solche Bodenpolitik ein Einfallstor für nicht landwirtschaftliche Käufer, für finanz- bzw. kapitalstarke Investoren zweifelhafter Investitionen, für sogenannte Fonds oder einfach nur für Kapitalanleger und Bodenspekulanten ist. Der damit verbundene Kapitalabfluss aus der Region insgesamt hat verheerende Folgen für die nachhaltige Entwicklung der ländlichen Räume.

Gerade in Zeiten der Krise wecken Grund und Boden das besondere Interesse von Kapitalanlegern und Bodenspekulanten. Mit dem am 17. Dezember 2010 im Bundestag verabschiedeten Beschluss zum **Zweiten Flächenerwerbsänderungsgesetz** hat die Bundesregierung die hieraus erwachsenden Konflikte zusätzlich verschärft. Nach diesem Gesetz können nichtlandwirtschaftliche Alteigentümer und ihre Erben bis zum vierten Grad zum Schnäppchenpreis von 2004 Boden in Ostdeutschland erwerben. Aktive Landwirte dagegen müssen weiterhin den von der BVVG vorgegebenen Spekulationspreis bezahlen. Während sie die Mittel dafür kaum erwirtschaften können, kaufen die Alteigentümer faktisch ohne Risiko. Ihre Käufe finanzieren sich über die Pachteinahmen von selbst. Bei Kaufpreisen von 2004 und Verkaufserlösen in zehn Jahren, nachdem die Bindefrist abgelaufen ist, dürften mit Sicherheit attraktive Gewinnquoten zu erwarten sein.

DIE LINKE fordert dazu auf, jegliche Bodenspekulationen zu stoppen, erst recht,

wenn sie staatlich sanktioniert sind. Den Boden nicht als Spekulationsobjekt verkommen zu lassen, ist eine uralte programmatische Forderung linker Politik. Ein weiteres Problem ist die Umsetzung von Kompensations- bzw. Ausgleichsleistungen infolge von Eingriffen in die Natur. So wie sie sich heute darstellt, wird sie zu einer immer stärkeren Belastung für landwirtschaftliche Unternehmen. Auch wenn sich die Arbeit mit Ökokonten im Großen und Ganzen bewährt hat, belastet das Ökopunktsystem den Flächenverbrauch zu Lasten der landwirtschaftlichen Nutzung enorm. DIE LINKE setzt sich dafür ein, das

Ökopunktsystem mit der Maßgabe zu überarbeiten, dass künftig weniger landwirtschaftliche Flächen als Ausgleichsflächen in Anspruch genommen werden. Stattdessen sollen Flächen von geringerer ökologischer Bedeutung durch gezielte Maßnahmen ökologisch aufgewertet und Ausgleichsleistungen mit Entsiegelungsmaßnahmen verbunden werden.

Das neu aufgelegte Programm zum Abriss und Rückbau von alten Stallanlagen ist dabei ein Schritt in die richtige Richtung. Darüber hinaus bieten sich Unlandflächen, alte abgemeldete Bahntrassen, Weg- und Feldränder und anderes mehr an.

## 7. Wald- und Forstwirtschaft

Sachsen-Anhalt verfügt über eine Waldfläche von 492 128 Hektar. Damit sind 24 Prozent der Landesfläche bewaldet. Auf etwa 60 Prozent der Waldfläche stehen Nadelbäume. Die Kiefer ist mit 46 Prozent des Gesamtbaumbestandes die am stärksten verbreitete Baumart in Sachsen-Anhalt, gefolgt von der Fichte (12 Prozent), Eiche (7 Prozent) und der Buche (7 Prozent). Es besteht eine vielschichtige Eigentumsstruktur in Sachsen-Anhalt. (Tabelle 8)

DIE LINKE setzt sich dafür ein, den Staatswald bzw. Landeswald mindestens in seinem gegenwärtigen Umfang zu erhalten, und spricht sich generell gegen die Privatisierung von Landeswald aus.

Die forstwirtschaftlichen Einrichtungen sollten in walddahen Regionen verbleiben und dort weiter ausgebaut werden, um Aufgaben der Beratung vor Ort sowie des Waldschutzes auch kurzfristig und mit sicherer Ortskenntnis wahrnehmen zu können. Entsprechend ist im Forstbereich die personelle Ausstattung mit

**Tabelle 8: Waldeigentumsstruktur in Sachsen-Anhalt**

Eigentumsart Waldfläche	Waldfläche Hektar	Anteil in Prozent
Landeswald	135.196	27
Kommunen u. sonst. Körperschaften	33.101	7
Privatwald	196.612	40
Treuhandwald	77.767	16
Bundeswald	49.452	10
Gesamt	492.128	100

*Quelle: Bericht zur Lage der Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft und Tierschutzbericht des Landes Sachsen-Anhalt 2010*

qualifizierten Waldarbeiterinnen und Waldarbeitern sowie mit Personal des mittleren und gehobenen Dienstes nachhaltig zu sichern. Dazu ist es unumstritten, dass ein entsprechender

Einstellungskorridor vorgehalten und auch die Ausbildung junger Forstleute weiter fortgeführt werden müssen. Die Zahl der Reviere darf nicht weiter verringert werden. Die jetzigen Reviergrößen mit über 2000 Hektar erreichen bereits Ausmaße, die mit der Aufgabenerfüllung im Rahmen des Waldschutzes, der Beratungstätigkeit, des Waldumbaus u. a. m. kaum noch zu vereinbaren sind. Zusätzlich erkennen wir in der jetzigen Struktur, mit dem Landesforstbetrieb auf der einen und dem Landeszentrum Wald auf der anderen Seite, für die Koordinierung einer nachhaltigen

Waldbewirtschaftung eher Nachteile als Vorteile. Hinzu kommt, dass der Wald mehr ist als nur Holz. Er ist Biotop, Lebensraum für zahlreiche Arten, Sauerstoffspender und als Regulator für Wasserhaushalt und Klima unverzichtbar. Für die Menschen hat er außerdem eine wichtige Ausgleichs- und Erholungsfunktion. Dem Wald in seiner ganzen Multifunktionalität als Wirtschafts- und Umweltfaktor gerecht zu werden, darin besteht die besondere Herausforderung für die Forstwirtschaft. Darauf hat sich letztlich auch die Landespolitik einzustellen.

## 8. Standpunkt zur Agrogentechnik

Die Fraktion DIE LINKE im Landtag von Sachsen-Anhalt hält die Agrogentechnik, deren gegenwärtiger Nutzen bisher sehr zweifelhaft ist, nach wie vor für eine Risikotechnologie mit immer noch nicht geklärten gesundheitlichen, ökologischen und gesellschaftspolitischen Auswirkungen. Sie gibt uns gegenwärtig immer noch mehr Fragen auf als Antworten. Welche Folgen hat z. B. das Einbringen von Erbmaterial von Bodenbakterien in die Maispflanze auf die Gesundheit der Menschen und Tiere?

Welchen Zusammenhang gibt es zwischen dem Entstehen von neuen Lebensmittelallergien und Antibiotikaresistenzen und der Nutzung gentechnisch veränderter Organismen (GVO)? Antibiotikaresistenzgene können auf Bakterien im menschlichen Darm übergehen und in der Humanmedizin genutzte Antibiotika unwirksam werden lassen. Bisherige Erfahrungen besagen, dass das BT-Toxin im Mais negative Auswirkungen auf die natürlichen Feinde des Maiszünslers sowie auf Regenwurmpopulationen hat, die bekanntermaßen Indikatoren für einen

gesunden Boden sind, und Bestäuber der Kulturpflanzen massiv unter Stress setzt. Eine Koexistenz zwischen GVO und Pflanzen im konventionellen sowie ökologischen Anbau ist auf absehbare Zeit aufgrund der Vielzahl von Kontaminationsmöglichkeiten kaum durchzuhalten. Damit wird die Wahlfreiheit der Menschen zwischen Lebensmitteln aus GVO und Nicht-GVO drastisch eingeschränkt werden. Natürliche Lebensgemeinschaften in der Pflanzen- und Tierwelt sowie auch zwischen Pflanze und Tier und damit der Erhalt der Biodiversität laufen Gefahr, ernsthaft geschädigt zu werden.

Als ein Vorbote dessen wird von vielen Imkerinnen und Imkern Sachsen-Anhalts schon heute der große und wachsende Anteil kranker Bienen angesehen. Angesichts all dieser Bedenken und Fragen fordert DIE LINKE auf diesem Gebiet eine wesentlich stärkere Förderung der Risikoforschung, die ausschließlich in staatlicher Verantwortung zu leisten ist.

Eine Studie der Universität Oldenburg zeigt, dass Agrogentechnik bisher keinen

nennenswerten Arbeitsplatzgewinn gebracht hat. Sichtbar wird hingegen, dass die Anwendung dieser Technologie den Konzentrationsprozess hin zu agrarindustriellen Organisations- und Produktionsformen beschleunigt. Agrar- und Biotechnologiekonzerne wie Monsanto betreiben ein aggressives Marketing und schaffen sich über ausgeklügelte Verträge ein Überwachungs- und Meldesystem, um das weltweite Saatgutmonopol zu erlangen und um schließlich die gesamte Kette der Nahrungsgüterwirtschaft zu dominieren. Indem sie sich das Patentrecht über Verfahren, Saatgut und Pestizide sichern, läuft die Landwirtschaft Gefahr, zur bloßen verlängerten »Werkbank« dieser

Konzerne zu werden. Da wird für einen »freien Bauern auf freier Scholle« wenig Spielraum bleiben.

Daher fordert DIE LINKE generelle Änderungen im Patentrecht und spricht sich insbesondere gegen Patentrechte auf Nahrungsmittel, Saatgut und sonstige lebensnotwendige Güter aus.

DIE LINKE unterstützt Initiativen für gentechnikfreie Regionen im Land und setzt sich für die Stärkung des Rechts auf nationale Anbauverbote in der EU ein. Zulassungs- und Kennzeichnungsvorschriften müssen so streng sein, dass die Interessen der gentechnikfreien Landwirtschaft und Imkerei gesichert bleiben.

## 9. Mit einer Gemeinsamen EU-Agrarpolitik für eine multifunktionale, moderne Landwirtschaft – hin zu mehr regionalen Wirtschafts- und Stoffkreisläufen

Die EU-Agrarpolitik ist so auszurichten, dass moderne, optimale Agrarstrukturen in den Regionen Europas gefördert und gestärkt werden.

Ernsthafte Probleme sehen wir darin, dass von der Kommission erwogen wird, gerade für »große« Betriebe bei den Direktzahlungen Kappungsgrenzen einzuziehen. Das würde wieder vor allem die Agrarunternehmen in den neuen Bundesländern benachteiligen.

Aber gerade die diesen Betrieben innewohnenden Potenziale müssen durch eine künftige EU-Agrarpolitik zielstrebig gefördert und genutzt werden. Kappungsgrenzen bewirken das Gegenteil. Sie bremsen moderne Agrarunternehmen aus, verhindern die Ausgestaltung einer leistungsfähigen Landwirtschaft in Europa sowie die Entwicklung der ländlichen Räume.

Von der europäischen Kommission muss aber erwartet werden, dass sie Vorstellungen von einer Gemeinsamen Agrarpolitik unterbreitet, die europaweit einen Zuwachs an wirtschaftlicher Effizienz und Nachhaltigkeit erwarten lassen.

Dementsprechend setzt sich DIE LINKE dafür ein, dass sich in der EU-Politik die Erkenntnis durchsetzt, dass mit zunehmender Größe eines Agrarunternehmens nicht gleichzeitig ein wachsender Verlust an nachhaltiger Wirtschaftsweise verbunden sein muss!

Eine europäische Agrarpolitik, die *allein* auf klein strukturiertes einzelbäuerliches Wirtschaften ausgerichtet ist, wird ihrer Verantwortung nicht gerecht.

Andererseits kann z. B. auf Standorten mit typischen Hang- und Höhenlagen in bestimmten Regionen des Tourismus

usw. eine kleinteilige Landwirtschaft notwendig und von der Gesellschaft ausdrücklich gewünscht sein. Insofern gründet sich unsere Vorstellung von einer multifunktionalen und flächendeckenden Landwirtschaft auch auf eine Akzeptanz unterschiedlicher Größenordnungen und Rechtsformen in der Landwirtschaft. DIE LINKE geht davon aus, dass ein landwirtschaftliches Unternehmen, in welcher Rechtsform auch immer, sich nur dann behaupten kann, wenn es auch aus betriebswirtschaftlicher Sicht nachhaltig aufgestellt ist. Dabei darf die Anwendung neuester agrarwissenschaftlicher Erkenntnisse nicht unterschätzt werden. In Sachsen-Anhalt gibt es immer noch gut ausgebildete Landwirte, die als Betriebsleiterinnen und -leiter Verantwortung gegenüber dem Unternehmen tragen. Wenn im letzten Bundesagrarbericht

(2006) angemerkt wurde, dass für die große Spannweite der erzielten Gewinne in den landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetrieben auch die Betriebsleiterqualifikationen eine wesentliche Rolle spielen, dann ist das insofern bemerkenswert, als Sachsen-Anhalt u. a. mit der MLU Halle-Wittenberg und mit Bernburg über herausragende agrarwissenschaftliche Standorte verfügt, die unbedingt erhalten und ausgebaut werden sollten. In diesem Zusammenhang kann DIE LINKE im Landtag von Sachsen-Anhalt auf parlamentarische Initiativen zur Stärkung der Agrarwissenschaften in Sachsen-Anhalt verweisen, die letztlich in einen Beschluss des Landtages zur weiteren Stärkung der agrarwissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg mündeten.

## 10. Ausrichtung der EU-Agrarpolitik auf die Förderperiode nach 2013

Mit der neuen EU-Förderperiode ab 2014 muss sich die Landwirtschaft mit Sicherheit auf finanzielle Einschnitte einstellen. Die EU-Kommission stellte dazu Mitte November ihre Pläne zur künftigen Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik vor.

Die Bedeutung der Landwirtschaft zur Sicherstellung der Ernährung sowie zur Entwicklung des ländlichen Raumes wird dabei klar hervorgehoben.

Die Kommission spricht sich für die Beibehaltung des Zwei-Säulenmodells in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) aus. Erste Säule: EU-Direktzahlungen an die Landwirte.

Zweite Säule: Mittel für investive Maßnahmen, Agrarumweltmaßnahmen, Entwicklung der ländlichen Räume, einschließ-

lich Aufwendungen für Schulen und Kindereinrichtungen im ländlichen Raum.

Auch DIE LINKE ist für die Beibehaltung der beiden Säulen.

Stark diskutiert wird, dass die erste Säule jetzt auch »grüner« werden soll, d. h., es wird erwogen, die Direktzahlungen nun auch danach zu bemessen, wie bestimmte zusätzliche Umweltmaßnahmen erfüllt und Arbeitsplätze vorgehalten werden. Dieser Ansatz ist auch in dem am 15. Juni 2010 beschlossenen Papier des Parteivorstandes enthalten.

Ziel unserer Agrarpolitik ist es, eine flächendeckende, multifunktionale Landwirtschaft in einer vielfältigen Agrarstruktur zu erhalten und zu fördern, die ökologisch und sozial verantwortlich handelt.

Mit der Maßgabe, Arbeitsplätze vorzuhalten und daran 20 Prozent der Direktzahlungen zu binden, könnte erreicht werden, dass EU-Mittel von den bis jetzt besser gestellten Marktfruchtbetrieben (reine Ackerbaubetriebe) stärker zu den Misch- bzw. Veredlungsbetrieben fließen. Das wäre zu begrüßen, da gerade in den Veredlungsbetrieben, also in den Betrieben mit Tierproduktion, die Arbeitsplätze vorgehalten werden, die der ländliche Raum dringend benötigt.

Auf alle Fälle ist die Agrarpolitik so auszugestalten, dass die modernen und optimalen Agrarstrukturen in den neuen Bundesländern und damit auch in Sachsen-Anhalt keinen Schaden nehmen.

Mehr noch, die Kopplung der Direktzahlungen an soziale und ökologische Kriterien muss so geregelt werden, dass die modernen, optimalen Agrarstrukturen in unserem Land mit ihren ortsansässigen Betrieben noch gestärkt werden.

Die zweite Säule oder der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums ist ein weitaus kleinerer Fonds im Vergleich zu den Direktzahlungen über die erste Säule, aber nicht von geringerer politischer Bedeutung.

Der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums, meist nur unter seiner Kurzbezeichnung ELER bekannt, fördert die

Entwicklung der ländlichen Räume in der Europäischen Union.

Die Schwerpunkte im ELER-Fonds sind durch die vier Achsen benannt:

»Agrarinvestitionsförderprogramm« (AFP), »Verbesserung des Umwelt- und Tierschutzes in der Landwirtschaft«, »Steigerung der Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft« und mit der Weiterführung von Förderprogrammen, die durch von unten organisierte Vereine oder Verbände in Form von regionalen »LEADER-Gruppen« gestaltet werden.

Aus Sicht der LINKEN steigt die Bedeutung der Politik für die ländlichen Räume auch global. Nicht zuletzt der Weltagrарbericht hat verdeutlicht, dass die Agrarpolitik der Zukunft stärker die regionalen Potenziale nutzen muss, um nachhaltige Erfolge in der Ernährungssicherung, im Klimaschutz und der Anpassung an den Klimawandel und in der Bewahrung der biologischen Vielfalt zu erzielen. Die Mittel, die im Bereich der direkten Förderung der Landwirtschaft künftig zurückgeführt werden sollen, dürfen nicht dem allgemeinen Sparzwang zum Opfer fallen, sondern müssen zielgerichtet für die Förderung der ländlichen Räume eingesetzt werden. Den wachsenden Anforderungen der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum, die sich maßgeblich aus den Folgen der demographischen Entwicklung ergeben, ist unbedingt Rechnung zu tragen.

## 11. Die ländlichen Räume

Die ländlichen Räume zeichnen sich durch eine große strukturelle Vielfalt bzw. durch große regionale Unterschiede aus.

Die Ausstattung mit natürlichen und soziokulturellen Ressourcen, Fragen der (Verkehrs-)Infrastruktur sowie das Vorhandensein sonstiger Potenziale bestimmen oft aus rein marktwirtschaftlicher Sicht darüber, welche Bedeutung dieser oder jener ländlichen Region beigemessen wird, und damit auch über deren Teilhabemöglichkeiten an einer gesamtgesellschaftlichen Entwicklung. Vor allem in den peripheren ländlichen Räumen gibt die gegenwärtige Entwicklung Anlass zur Sorge, dass ländliche Regionen Sachsen-Anhalts von der wirtschaftlichen und damit auch von der sozialen und kulturellen Entwicklung des Landes abgekoppelt werden und existenzielle Aufgaben im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht mehr erfüllt werden können. Diese Entwicklung steht ganz offenbar im Widerspruch zu den Beteuerungen der Landesregierung, dass der ländliche Raum »Chefsache« sei und mit der Allianz für den ländlichen Raum auf eine Erfolgsbilanz verwiesen werden könne.

DIE LINKE regt an, auch auf der Grundlage der von der Landtagsfraktion erarbeiteten **»Thesen zur Entwicklung zukunftsfähiger ländlicher Räume in Sachsen-Anhalt«** über eine ausgewogene Rollenverteilung zwischen Dorf und Stadt nachzudenken, und darüber, wie gleichwertige Lebensverhältnisse für die Landbevölkerung gesichert oder wieder zurückgewonnen werden können. Der Wert der ländlichen Räume besteht eben nicht allein in deren vermarktungsfähigen Potenzialen, sondern ist vor allem auch in den Gratisleistungen zu finden, die die ländlichen Räume für die Gesell-

schaft erbringen. Durch die Bewahrung und den Schutz einer intakten Natur und Kulturlandschaft sowie durch ein regionales bzw. ortsspezifisches Angebot, insbesondere aus der Land- und Forstwirtschaft heraus, sind in den ländlichen Räumen die Möglichkeiten eines sanften Tourismus weiterzuentwickeln. In diesem Sinne setzen wir uns für einen Imagewandel des Lebens auch in den ländlichsten Räumen ein: Es soll ein Gewinn an Lebenskultur sein, hier zu wohnen, zu arbeiten und zu leben. Dazu ist eine Politik erforderlich, die der weiteren innerstädtischen Entleerung ebenso entgegenwirkt wie einer diffusen Verstädterung ländlicher Räume, eine (Förder-)Politik, die den örtlichen Wirtschafts- und insbesondere Landwirtschaftsunternehmen (wieder) eine Zukunft und damit den ländlichen Regionen insgesamt eine soziale und wirtschaftliche Perspektive gibt. Die Agrarproduktion mit Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft sowie Gartenbau und mehr oder weniger auch die Verarbeitung und Vermarktung agrarischer Erzeugnisse sind traditionelle Wirtschaftszweige in den ländlichen Räumen. Aus beschäftigungs- und umweltpolitischer Sicht ist gerade ihre wirtschaftliche Rolle in den ländlichen Räumen zu stärken. DIE LINKE will den Anbau, die Verarbeitung und die regionale Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse für die Ernährungswirtschaft mit besonderer Priorität fördern. Es geht uns um die Entwicklung der ländlichen Räume durch die Stärkung der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft auf der Grundlage regionaler Wirtschafts- und Stoffkreisläufe sowie einer ökologisch und bedarfsgerecht ausgerichteten Produktion.

Das heißt, DIE LINKE favorisiert den Erhalt und die (Wieder-)Ansiedlung solcher Wirtschaftszweige und Wirtschaftsstrukturen, die sich mit der Eigenart des jeweiligen ländlichen Raumes vereinbaren und eine Zerstörung seines typischen Charakters und insbesondere seines ökologischen Potenzials nicht erwarten lassen.

Dazu gilt es die Verantwortung der Landwirte, der Bodeneigentümer und auch sonstiger bereits ansässiger Unternehmen für eine nachhaltige Nutzung aller regionalen Ressourcen zu fördern.

Das Prinzip der Regionalisierung fördert nicht nur eine gerechte Einkommens-

verteilung in den verschiedenen Stufen von Produktion, Verarbeitung und Handel, sondern auch die Selbstverantwortung bei der Entfaltung der eigenen Entwicklungskräfte in der Region.

Es wäre nicht nur im Interesse der ländlichen Räume, sondern im gesamtgesellschaftlichen Interesse, wenn dabei die Landwirtschaft in ihrem eigenen Terrain wieder den wirtschaftlichen Stellenwert erhalten würde, der ihr entsprechend der Nachhaltigkeitszielstellung objektiv zukommt.

---

**Autoren:**

*Hans-Jörg Krause*, MdL  
Sprecher für Agrarwirtschaft  
und ländliche Entwicklung

*Harry Czeke*, MdL  
Sprecher für Europapolitik,  
Forstpolitik und Tourismuspolitik

**Kontakt:**

DIE LINKE. Fraktion im Landtag  
von Sachsen-Anhalt

*Hans-Jörg Krause*, MdL  
Telefon: 0391/560 51 03  
Fax: 0391/560 50 08  
Hans-Joerg.Krause@  
dielinke.lt.sachsen-anhalt.de

*Harry Czeke*, MdL  
Telefon: 0391/560 51 12  
Fax: 0391/560 50 08  
Harry.Czeke@  
dielinke.lt.sachsen-anhalt.de

**[www.dielinke-fraktion-lsa.de](http://www.dielinke-fraktion-lsa.de)**

**Impressum:**

Herausgeber:  
DIE LINKE. Fraktion im Landtag  
von Sachsen-Anhalt  
Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg  
Dr. Thomas Drzisga (V.i.S.d.P.)  
Telefon: 0391/560 50 04  
Fax: 0391/560 50 08

Dezember 2010  
© DIE LINKE. Fraktion im Landtag  
von Sachsen-Anhalt  
Satz und Layout:  
DiG/Plus GmbH, Berlin

Dieses Material darf nicht zu  
Wahlkampfzwecken verwendet werden.







[www.dielinke-fraktion-lsa.de](http://www.dielinke-fraktion-lsa.de)